

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Der dänische Wahlsieg.

Vier sozialdemokratische Mandate im Landthing gewonnen.

Kopenhagen, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag erfolgten Wahlen zum dänischen Landthing ergaben für die Sozialdemokratie ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis. Während sie allein selbst als Regierungspartei gewann, verloren alle anderen Parteien. Gewählt wurden insgesamt 28 neue Sitze. Davon erhalten die Sozialdemokraten nach dem bisherigen Gesamtergebnis 12. Sie gewinnen drei Mandate. Die Konservativen erlangen 5 Sitze und verlieren ein Mandat. Die Venstre (Bauernpartei) erhalten von ihren bisherigen 10 Sitzen nur 8 zurück. Auch die Radikalen verlieren von ihren 2 Mandaten eins. Das eine restliche Mandat ist noch nicht verteilt und wird voraussichtlich ebenfalls der Sozialdemokratie zufallen.

Das Ergebnis der Wahl bedeutet einen starken Erfolg unserer Partei, der um so höher zu veranschlagen ist, als durch die Wahlen indirekt auch ein Vertrauensvotum für das Kabinett Stauning abgegeben worden ist. Angesichts der Struktur des Landthing, der die Rolle der ersten Kammer des Reichstages spielt, und nur von den über 35 Jahren alten Männern und Frauen gewählt wird, war bei der jetzt vorgenommenen Wahl nicht zu erwarten, daß die Lebermacht der bürgerlichen Parteien in diesem parlamentarischen Gebäude gebrochen würde. Es ist aber gelungen, in die Front der bürgerlichen Mehrheit Breche zu schlagen und die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten (bei insgesamt 76) von 22 auf 26 zu steigern. Durch diesen Ausgang der Wahl hat die herrschende Mehrheit des Landthing, die der sozialdemokratischen Regierung und der zweiten Kammer, dem Folkething, fortgesetzt Schwierigkeiten bereitet hat, ein unzweideutiges Vertrauensvotum von der Bevölkerung erhalten.

Der Wahlsieg unserer Genossen schafft nicht nur größere Bewegungsfreiheit für das Kabinett Stauning, das jetzt mit größerer Energie an seine Reformarbeit gehen kann, er rückt auch erneut die Frage der Beseitigung des Landthing auf, der als rückständiges Gebilde aus längst vergangener Zeit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Dänemark wie ein Hemmkloß im Wege steht. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß eine Regierung, die sich auf die Mehrheit der eigentlichen Volksammer, des Folkething, stützt, sich mit der reaktionären Mehrheit der ersten Kammer herumschlagen muß, die ihr fortgesetzt Knüppel zwischen die Beine wirft. Der jetzige Wahlkampf wurde von unseren dänischen Genossen bereits unter der Parole geführt: Weg mit dem Landthing! Der Sieg, den sie jetzt errufen hat, wird ihre Energie im Kampfe für eine demokratische Wahlreform, für die Beseitigung der letzten Hochburg der Reaktion verstärken und dadurch den jetzigen Wahlen eine prinzipielle Bedeutung verleihen, die weit über die Grenzen des erzielten Mandatsergebnisses hinausreicht.

Die langsame Räumung.

Essen, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß die in der Presse verbreiteten Meldungen, welche die Truppenbewegungen im besetzten Gebiet als Räumungsmassnahmen darstellen, durchaus unrichtig sind. Insbesondere sind die Meldungen über die Räumung der Oberhaufener und Redlinghausener Zone falsch. Zwar wurden die bisher in Oberhausen stationierten französischen Truppen aus der Stadt zurückgezogen und auf südlich gelegene Orte verteilt. Dagegen bleiben die um Oberhausen liegenden Orte Hamborn, Siertrade und Osterfeld nach wie vor besetzt. Die zurzeit vor den französischen Truppen geräumte Stadt Oberhausen selbst gilt weiter als besetztes Gebiet. Ebenso unzutreffend sind die Berichte über die Räumung Redlinghausens. Die einzige in Redlinghausen erfolgte Maßnahme, die mit der Liquidation der Ruhrbesetzung in Zusammenhang gebracht werden könnte, sind einige Regimentsräumungen. Das Redlinghauser Gebiet ist bekanntlich der 3. Division mit dem Hauptquartier in Dortmund unterstellt. Nach der Räumung der Dortmund-Hoerder Zone soll, wie von französischer Seite bereits mitgeteilt wurde, ein Teil der zurzeit in Dortmund liegenden 18. Dragoner in Redlinghausen einquartiert werden.

Belgische Truppenvermindernungen.

Brüssel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) In der belgischen Zone werden in der allerersten Zeit erhebliche Truppenvermindernungen erfolgen. Die aus dem besetzten Gebiet zurückgezogenen Truppen werden auf belgischem Gebiet in der Nähe der deutschen Grenze kaserniert werden. Das belgische Ministerium hat eine Verfügung erlassen, nach der die bei deutschen Familien einquartierten Offiziere zur möglichsten Beschränkung ihrer Wohnräume angehalten werden.

Essen, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Von zuständiger Seite wird der Bevölkerung im besetzten Gebiet für die Uebergangszeit die größte Beschränkung und Vorsicht gegenüber den Besatzungsbehörden anempfohlen. Jeder neue Verstoß gegen die noch bestehenden Verordnungen der Besatzungsbehörden für die Sicherheit der Truppen und gegen die Regierungsanordnungen fallen nicht mehr unter die in London vereinbarte Amnestie und es werde später schwer fallen, die neuen Beurteilungen rückgängig zu machen.

Owen Young in der Reparationskommission

Eine Tonne Reparationsrohstoffe = 18 Mark.

Paris, 17. September. (U.) Der Bericht, den Owen Young gestern der Reparationskommission erstattete, hat, nach dem Urteil der Presse zu schließen, einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Nach dem „New York Herald“ soll der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, nach Anhören des Generalagenten zu ihm gesagt haben: „Wir beglückwünschen Sie, Herr Young! Sie haben in wenigen Tagen, während denen Sie Ihr Amt ausübten, hervorragende Resultate erzielt und die Hoffnung gekräftigt, daß das Dawes-Gutachten die Lösung der Schwierigkeiten Europas bedeuten würde.“ In einer Ansprache hat Owen Young darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung ihm in bereitwilliger Weise mit allen möglichen Angaben an die Hand gehe; sämtliche technischen Einzelheiten sind ihm in höchst zuvorkommender Weise mitgeteilt worden, und die Uebersetzung, daß das Dawes-Gutachten Deutschlands Rettung bedeute, drehe sich Bahn. Owen Young behauptet, daß auch die Deutschen sich in hervorragendem Maße an der Aufbringung der 800-Millionen-Laufe nächsten Monat beteiligen werden und daß sie ferner auch an der Zeichnung der industriellen und Eisenbahnobligationen teilnehmen dürften. — Owen Young hat vor der Repko eine Reihe bemerkenswerter Anregungen ausgesprochen und u. a. betont, daß das Personal der verschiedenen technischen Körperschaften eine Mindestzahl bedeuten müsse, hauptsächlich zur Vermeidung größerer Ausgaben. — Der Sitzung haben Henry Robinson, der Pariser Vertreter des Generalagenten, und Mac Fadyen, der Kommissar für die Monopoleinnahmen, beigewohnt. — Mac Fadyen wird der Reparationskommission einen Bericht unterbreiten, bevor sie zu der zweiten Feststellung der Ausführungen des Sachverständigenberichts schreiten wird. Für den Augenblick müssen noch gewisse technische Fragen mit den verschiedenen deutschen Ministerien behandelt werden. Die Reparationskommission hat gestern die Gelegenheit wahrgenommen, um die Ernennung verschiedener von dem Sachverständigenrat vorgesehener Beamten zu vollziehen.

Der „Chicago Tribune“ zufolge hat die Reparationskommission gestern den Preis der deutschen Reparationsrohstoffe festgesetzt. Er beträgt ungefähr 18 Goldmark für eine Tonne. Er tritt vom 1. Oktober ab in Kraft und wurde festgelegt, um die glatte Abwicklung der Sachlieferungen zu ermöglichen. Die Reparationskommission hat Owen Young ferner mitgeteilt, daß Frankreich und Belgien den Betrag von 3½ Millionen Goldmark auf seinen Namen bei den Banken des Ruhrgebiets hinterlegt haben. Dieser Betrag stellt die franco-belgische Ruhereinnahme in der Zeit vom 1. bis 10. September dar, ausschließlich der 10 Millionen Goldmark für Bestreitung der Besatzungskosten.

Die Mossulfrage.

Genf, 17. September. (W.B.) Die türkische Delegation überreichte heute den Mitgliedern des Völkerbundesrates und der Völkerbundsversammlung eine Denkschrift, die im wesentlichen folgende Gesichtspunkte enthält: Alle wirtschaftlichen, politischen, historischen, geographischen, ethnographischen und strategischen Erwägungen erfordern die Beibehaltung der türkischen Souveränität über das Vilajet Mossul. Entgegen der englischen Beweisführung wünscht die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebiets keinen Anschluß an das Irakgebiet. Da die englische Regierung ihren Anspruch mit dem angeblichen Willen der Bevölkerung, sich von der Türkei zu trennen, begründet, sei eine Klärung des Streitfalles nur durch Volksbefragung möglich. Die Frage der Grenzziehung zwischen der Türkei und dem Irak, die vor dem Völkerbund anhängig ist, erfordere daher ein vorzeitiges Plebiszit mit allen Garantien für eine freie Willensäußerung. Die türkische Delegation sei überzeugt, daß der Völkerbundsrat, von dem Willen der Berechtigten beseelt, diese Erwägungen in Betracht ziehen werde. In hiesigen türkischen Kreisen wird erklärt, daß ein eventueller späterer Beitritt der Türkei zum Völkerbund davon abhängen müsse, welche Berechtigte die Türkei bei dem Völkerbund finde.

Der Vormarsch auf Peking.

London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der chinesische Bürgerkrieg hat durch das aktive Eingreifen des mandchurischen Generals Tschang-Tschin nun auch den Norden des Landes erfasst. General Tschang-Tschin hat mit mehr als sieben Divisionen den Kampf gegen die Regierungstruppen aufgenommen und ist bereits in die Provinz Tschili, den Hauptsitz der jetzt in China die Zentralregierung bildenden Partei eingedrungen. Seine Truppen drängen auf Peking zu, wo er durch Flugzeuge bereits Proklamationen hat abwerfen lassen, die seinen baldigen Einzug verkünden. Auf der Tschekiang-Front werden die Kämpfe mit unverminderter Heftigkeit und großen blutigen Verlusten auf beiden Seiten fortgesetzt, ohne daß bisher eine entscheidende Wendung zu erkennen ist. Die Flotte der Mächte hat Kanonenboote in die Mündung des Jangtsekiang geschickt, um von da aus den Schutz der Fremdenkolonie von Schanghai besser bewirken zu können.

London, 17. September. (W.B.) Reuters meldet aus Peking: Nach unbestätigten Meldungen haben die Tschili- und die Mandchurentruppen bei Tschaojang im Nordschili die Feindseligkeiten eröffnet. Die Truppen Tschang-Tschins sind auf dem Marsch von Kau nach Tschaojang begriffen, ihr Ziel ist wahrscheinlich Tschaoang-tsefu. Der neue Ministerpräsident Dr. Yen trat heute sein Amt an.

Die Dementierkatastrophe.

Stresemann und Völkerbund.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Auf Grund des Dementis der Reichsregierung gegen die Erklärung Lord Parmoors hat der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ seinen Genfer Korrespondenten um eine Begenerklärung gebeten. Unser Vertreter suchte noch am Dienstagabend Lord Parmoor in seinem Hotel auf, der noch einmal wiederholte, daß am 10. August bei einem Frühstück in seinem Landhause Max Stresemann, Luther, Schamer, Murray und er eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt hatten. Richtig sei, daß er mit Stresemann nicht direkt gesprochen habe, weil der deutsche Reichsaussenminister nicht gut englisch spreche und Schamer den Dolmetscher habe spielen müssen. Da das Gespräch privater Natur gewesen sei und Stresemann sein Gast war, so wolle er mit Rücksicht auf den Reichsaussenminister keine weitere Diskussion über diese Unterredung führen.

Der englische Delegierte Murray befragte die Aeußerungen Lord Parmoors und erklärte: Es fand eine intime Aussprache von etwa ½ Stunde statt, in der wir das gesamte Problem besprachen. Ich bin sehr erstaunt, daß Herr Stresemann sich nicht mehr daran erinnert. Im übrigen hatte Lord Parmoor im Anschluß an unsere Unterredung noch eine lange Rücksprache mit Schamer im Garten seines Hauses. Betonen möchte ich noch, daß damals Lord Parmoor und ich schon für Genf delegiert waren. Das war den deutschen Herren wohl bekannt.

Das Auswärtige Amt und sein Chef sind in Verlegenheit. Zum drittenmal binnen wenigen Tagen sind von ihnen Erklärungen ausgegangen, die unhaltbar sind.

Das Auswärtige Amt dementierte, daß der Reichskanzler an Herriot und Macdonald Briefe bestimmten Inhalts gerichtet habe. Dabei befanden sich diese Briefe bereits in den Händen der Adressaten.

Das Auswärtige Amt versicherte, „der Pazifist Graf Kessler“ habe in Genf keinen Auftrag und stellte ihn vor der Welt quasi als politischen Hochstapler hin, falls er sich die Stellung eines Beauftragten des Auswärtigen Amtes anmaße. Dabei waren fremde Regierungen schon offiziell davon verständigt worden, daß Kessler im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Genf weile.

Zu diesen beiden Dementierkatastrophen gefellte sich nun eine dritte, die nicht bloß das Amt, sondern auch seinen Chef persönlich betrifft. Herr Stresemann hat am letzten Freitag, jenem Unglücksfreitag, den Presseleuten in leichtem Plauderton eine Rede gehalten und darin versichert, den Engländern wäre es mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gar nicht so ernst, sonst wäre ja in London zu den Deutschen über dieses Thema gesprochen worden. Darauf erfolgt nun aus London über Genf die Antwort: „Es ist darüber gesprochen worden!“

Wir nehmen nicht an, daß es Herrn Stresemanns Absicht war, die Pressevertreter anzulügen. In seinem Bestreben, sich zu verteidigen, was er sehr notwendig hatte, und in der Verteidigung zu überzeugen, benutzte er eine Lücke, die augenblicklich in seinem Gedächtnis entstanden war, als Argument. Er dachte nicht daran, daß seine Erklärung den Engländern zu Ohren kommen könnte, sonst hätte er sie sich reiflicher überlegt. Das ist eben die Gefahr der Leute, die sich immer nur auf ihre Zunge verlassen, daß sie in der Rhetorik überprudeln, mit den Tatsachen in Widerspruch geraten und augenblickliche Triumphe mit peinlichen Bloßstellungen vertauschen müssen.

Nun aber geschah das Schlimmste. Auch jetzt noch versuchte Herr Stresemann zu leugnen. Was ein Unfall war, wurde jetzt zur Katastrophe. Denn Herr Stresemann hatte inzwischen Gelegenheit, sein Gedächtnis zu prüfen, er hatte Gelegenheit, bei andern nachzufragen, ob ihn sein Erinnerungsvermögen nicht im Stich gelassen hatte — trotzdem Ableugnung!

Man möchte hoffen, Herr Stresemann wäre imstande, bei dieser Ableugnung zu bleiben. Er ist es nicht. Man würde wünschen, der peinliche Fall könnte mit einem „non liquet“ (es ist nicht klar, wer recht hat) geschlossen werden, das ist unmöglich. Denn zu den positiven Befundungen Lord Parmoors und Murrans gefellte sich obendrein noch das Zeugnis der „Frankfurter Zeitung“. Danach haben englische Delegierte in Genf schon vor diesem Streit um die Wahrheit erzählt, daß in jener umstrittenen Unterhaltung „non nichts anderem die Rede gewesen sei als vom Völkerbund“.

Man erfährt auf diese Weise wenigstens, wo das Blaue vom Himmel geblieben ist, das wir seit einigen Tagen so schmerzlich vermissen.

Es besteht leider noch immer Streit darüber, inwieweit unbedingte Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe mit diplomatischen Geschäften vereinbar ist, aber allgemein wird der Grundsatz anerkannt, daß man sich nicht erweichen lassen darf.

Das Auswärtige Amt hat gegen diesen Grundsatz verstoßen. Es hat sich im Laufe einer einzigen Woche dreimal erweichen lassen, und zwar in einer so unglaublich ungeschickten Weise, wie es nur Leuten passieren kann, die den Kopf verloren haben.

Wie kam das?

Die deutsche Außenpolitik steuerte bis vor kurzem einen leidlich vernünftigen Kurs. Auf Zureden der Sozialdemokratie entschloß sich die Regierung zur Annahme des Dawes-Plans, der Weg zur allmählichen Befriedung durch diplomatische Verhandlungen und tatsächliche Leistungen war d-

mit beschritten. Die Ratifikation des Abkommens von Washington wurde nach einigem Hängen und Würgen mit einigen Wimmeln und Aber angekündigt. Gab die Regierung ihrem Herzen noch einen kleinen Stoß, so war auch der Eintritt in den Völkerbund vollzogen.

Da legte das Spiel der Deutschnationalen und mit den Deutschnationalen ein. Man empfand die Notwendigkeit von Konzeptionen nach rechts. Die Kriegsschuldfrage wurde in zweifacher Weise in die Debatte geworfen, es entstand der Notifizierungsstreit mit seinem unerquicklichen Hin und Her. Im Auswärtigen Amt wußte man nicht mehr, woran man war, und die Angst vor den Deutschnationalen wurde das die deutsche Außenpolitik beherrschende Gefühl.

So kam das Schiff ins Schwanken, die Mannschaft wurde dabei seelkrank, man begann zu tanzen, zu balancieren und auszugleiten.

Warum wurden die Kanzlerbriefe abgelehnt? Aus Keßler bestritten? Aus Angst vor den Deutschnationalen!

Warum wurde die Mission des „Bazillisten“ Grafen Keßler bestritten? Aus Angst vor den Deutschnationalen!

Warum verstrickte sich schließlich Herr Stresemann in unmögliche, mit den Tatsachen nicht zu vereinbarende Ausreden wegen seiner passiven Resistenz gegen den Völkerbund? Aus Angst vor den Deutschnationalen!

Infolge innerpolitischer Schiebungen ist die deutsche Außenpolitik völlig aus der Fassung gekommen. Das ist ein sehr beklagenswerter, nicht lange aufrechtzuerhaltender Zustand.

Die Fehler des Auswärtigen Amtes treffen das deutsche Volk. Wenn sich diejenigen, die das deutsche Volk nach außen zu vertreten haben, durch ein unbegreifliches Verhalten um Achtung und Vertrauen bringen, so geht dieser Verlust zu Lasten des deutschen Volkes.

Innerpolitische Treibereien haben zu einer Katastrophe der Außenpolitik geführt. Es ist Zeit, im Innern Klarheit zu schaffen, damit auch nach außen ein klarer Kurs gesteuert werden kann.

Die Bilanz der Bankrotteure.

Geistiger Zusammenbruch.

Es ist still im deutschnationalen Blätterwald. Wertwürdig still. Die famose Erklärung der Deutschnationalen Parteileitung, die im Stil und in der Manier von Revolverbanditen drohend von den bürgerlichen Parteien den versprochenen Preis für die Preisgabe heiligster deutschnationaler Ueberzeugungen verlangt, findet in der eigenen Parteipresse kaum ein Echo. Sie fühlen wohl selber, wie schamhaft die Rolle ist, die sie spielen. Die „Kreuz-Zeitung“ begnügt sich damit, an einem stillerschwiegenen Winkel ihres Blättchens diese „Unjere Parole“ mit ein paar Zeilen abzuliefern. Die „Deutsche Zeitung“ nagelt Herrn Hergt fest:

„Ueberraschend ist für uns, daß Czjzellerz Hergt nach dem von der „Deutschnationalen“ Portalkorrespondenz“ wiedergegebenen Auszug in seiner Olschiger Rede von „uns“ spricht, die „wir“ einer Anteil an der Verantwortung für die Durchführung des Paktes erhalten sollten, wenn „wir“ auch an der Verantwortung für seine Annahme unser Teil übernommen“ hätten. Damit schließt sich Czjzellerz Hergt selbst — unseres Wissens zum ersten Male — ausdrücklich in die Verantwortung für das „Ja“ der Wtundvierzig ein.“

Sie fühlen offenbar, daß sie mit ihrer Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen in die Rolle betrogener Betrüger geraten sind. So nimmt das Durcheinander in den deutschnationalen Organisationen kein Ende. Der Kreisverein Straßund veröffentlicht folgende Entschliebung:

„Die Mitgliedereversammlung des Kreisvereins Straßund der Deutschnationalen Volkspartei gibt ihrer Entrüstung Ausdruck über die Spaltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über das Londoner Abkommen. Sie dankt den pommerischen Abgeordneten für ihr Festhalten an der Ab-

stimmung des Abkommens und dem pommerischen Landesparlament für seine energische Stellungnahme gegenüber der Reichsleitung der Partei und fordert eine Aenderung in der Leitung der Partei.“

Wichtiger als dieses Durcheinander in den Organisationen, als die offene Rebellion der Unterführer, die unbestreitbare Zerfegung des Parteiapparates, ist der sich offenbarende geistige Zusammenbruch. In der Abstimmung der deutschnationalen Reichstagsfraktion kam mehr zum Ausdruck als nur Wahlangst und nur Sehnsucht nach Ministerfesseln. In der entscheidenden Stunde offenbarte sich der innere Bankrott der Weltanschauung des alten Deutschland, der politischen Methoden der in der wilhelminischen Periode führenden Kräfte. Max Maurenbrecher, der Mentor der Deutschnationalen, muß mit Betrübnis feststellen, wie die geistige Umstellung der deutschnationalen führenden Kreise beginnt. Er setzt sich mit einem Artikel von Martin Spahn, „Rechnungsabluß“, auseinander, in dem Spahn u. a. schreibt:

„Es ist in unserem deutschen Leben keine Kraft wahrzunehmen, die das Ringen nun noch einmal mit Aussicht auf Erfolg in absehbarer Zeit aufnehmen könnte. Es wird sich erst wieder eine neue Kraft sammeln und erheben müssen an anderer Stelle, und das braucht Zeit, darüber werden Jahre vergehen...“

Spahn stellt in seinem Artikel fest, daß alle Versuche, die bisher gemacht worden sind, mit den Mitteln des alten Deutschlands den Niederbruch wieder zu beheben, gescheitert sind. Er nennt den Rapp-Putsch, das Generalkommissariat v. Raabs und die parlamentarische Aktion der Deutschnationalen Volkspartei. Auch Maurenbrecher muß Spahn zustimmen:

„Die Deutschnationalen Volkspartei ist so wie sie ist, nicht „mandrierungsfähig“, sie hebt sich selbst auf und sie hat, als sie die Entscheidung über ein von ihr als Unglück bekämpftes Gesetz in der Hand hatte, nicht die Einflußkraft gefunden, es zum Scheitern zu bringen. Einflüsse der Wirtschaftler und Wahlangst haben sie zertrütert.“

Spahn zieht aus diesen Tatsachen die Schlussfolgerung, daß ein Erfolg für die Deutschnationalen „sich voraussichtlich aus den ganz neuen Bedingungen unseres nationalen Daseins heraus entwickeln müsse. Dazu bedarf es für die meisten von uns einer geistigen Umstellung, zu der nicht viele sofort und manche überhaupt nicht bereit sein werden.“

Das ist schlechterdings das entscheidende Eingeständnis. Diese geistige Umstellung ist nichts anderes als die Kapitulation vor der Auffassung der Sozialdemokratie, daß Deutschland sich nicht mit den Mitteln des alten wilhelminischen Regimes befreien kann, sondern daß dazu eine kluge, besonnene, realpolitisch denkende Erfüllungspolitik notwendig ist, die von neuen Gedankengängen getragen ist und die der neuen weltpolitischen Entwicklung Rechnung zu tragen versteht. Maurenbrecher begreift diese Perspektive, er sieht in ihr das Ende eines selbständigen anarchoch handelnden Deutschland, er sieht genau, wie die Kommunisten darin die „Unterwerfung unter die Riesenkapitalien Amerikas und Englands“. „Am 29. August haben wir die Macht dieses Kapitals mit der Deutschnationalen Volkspartei selbst an der Arbeit gesehen.“

Maurenbrecher sieht nur eine Möglichkeit für Deutschland, wieder hoch zu kommen: das offene Bekenntnis und das Hinarbeiten auf den Revanchekrieg. Er glaubt nicht daran, daß die kapitalistischen Kräfte in Deutschland auf die Dauer diesen Revanchekrieg politisch wünschen werden. Und so kommt er zu dem Postulat:

„Anderes gesagt: nicht das kapitalistische und nicht sein Gegenstück, das proletarische Deutschland, retten uns, wenn anders wir überhaupt gerettet werden können. Nur die Kräfte, die aus dem vor-kapitalistischen Deutschland heute noch unter uns vorhanden sind, könnten uns helfen.“

Freilich, auch Maurenbrecher muß diesen Kräften, die er beschwörend anruft, bescheinigen, daß sie politisch unerzogen waren. Sie waren nicht nur politisch unerzogen, sie sind es auch heute und sie werden es immer bleiben. Sie sind zurzeit nichts anderes als eine in voller Auflösung begriffene Banditenorganisation. Ihre Idole sind zerfallen, ihre Führung hat Bankrott gemacht und ihre Erpreisungsversuche werden scheitern.

Krach!

Deutschnationales Toben gegen die Volkspartei.

Die volksparteiliche „Zeit“ hatte dieser Tage bescheiden und höflich zu äußern gewagt, man könne mit der Deutschnationalen Partei doch nur dann verhandeln, wenn sie einheitlich aufträte. Das gibt der „Pommerischen Tagespost“, dem führenden Organ der Deutschnationalen Pommerns, Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Was die Deutsche Volkspartei, als dessen Sprachrohr die „Zeit“ zweifellos angesehen werden muß, den Deutschnationalen hier anzubieten wagt, ist die glatte Unterwerfung unter ein Diktat, ein Verzicht auf jede selbständige politische Meinung, und die opportunistische Form, in der das Anstalten gestellt werden ist, ist für die große Partei berart verlegend, daß sie auf's schärfste zurückgewiesen werden muß. Die Deutschnationalen Volkspartei muß es ablehnen, sich von der Partei des Herrn Stresemann Vorlesungen über die Notwendigkeit eines Ausgleichs innerer Gegensätze und eines geschlossenen Austritts halten zu lassen. Sie ist sehr wohl allein imstande, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen und muß sich deshalb jede Einmischung ganz energisch verbitten. Sedenfalls hat die Volkspartei, wenn es ihr (was wir bezweifeln) mit dem Gedanken einer bürgerlichen Regierungskoalition unter Einfluß der Deutschnationalen ernst sein sollte, dieses Ziel durch ihre heutige Veröffentlichung keineswegs gefördert. Wir halten es für gänzlich ausgeschlossen, daß die Volkspartei am 30. September eine solche Parteileitung finden wird, die auch nur im entferntesten bereit sein wird, unter ein so entwürdigendes Joch zu gehen, wie es die heutigen „Bedingungen“ bezeichnen.

Das ist ja ein guter Anfang einer glückverheißenden Ehe! Kommt die Bürgerblockregierung zustande, so wird man im Sitzungssaal der Reichskanzlei alle Tintenfässer und sonstigen harten Gegenstände anschrauben müssen.

Die Schuldigen schreien.

Aber die Opfer gehen ins Zuchthaus.

Die kommunistische Presse hallt wider von Entrüstung über das letzte Urteil des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gegen die Elberfelder Kommunisten. Und selbstverständlich von Entrüstung gegen die Sozialdemokratie, als ob sie das Urteil veranlaßt oder geschildert habe. Dabei dürfen einige glatte Fälschungen natürlich nicht fehlen, wie etwa die, der „Vorwärts“ habe das Urteil als milde bezeichnet und so gewissermaßen der Radikalität das Wort geredet. Unsere Leser wissen, daß das Gegenteil der Fall ist. Wir haben allerdings auf die Blutschuld in Sowjetrußland hingewiesen und hinzugefügt, daß das Leipziger Urteil im Vergleich zu dieser noch milde erscheint.

Aber abgesehen von Sowjetrußland ist zu fragen, wie das Leipziger Urteil mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zu vereinbaren sei. Und da erweist sich bei näherer und objektiver Prüfung ein ganz anderes Bild.

Von juristischer Seite wird uns dazu geschrieben:

„Die Anwohner hatten Schutzhäute überfallen und ihnen unter Bedrohung mit der Waffe die Waffen abgenommen, um sie sich anzueignen. Damit sind die Wertmole der §§ 249 und 250 des Strafgesetzbuchs erfüllt, wonach, wenn keine mildernden Umstände vorliegen, die Straftat mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft werden muß. Drei solcher Straftaten lagen vor. Als vierte kam die hinzu, bei der der Schutzhüter erschossen wurde. Keiner der Beteiligten hat das gewollt, auch der Täter nicht. Trotzdem wurde durch

Zeitgenosse Küpel.

Von Paul Gutmann.

aus seinen Gedanken unversehens durch einen Fußtritt aufgeschreckt zu werden, ist schmerzhaft. Wenn aber dem schmerzregenden Vorgang statt einer Entschuldigend noch Grobheiten hinzugefügt werden, so entsteht in dem Betroffenen sprachloses Erstaunen.

Wer ist jener Zeitgenosse, der sich so erhaben über seine Mitmenschen fühlt, daß ihm deren bloß räumliches Vorhandensein schon als Beeinträchtigung seiner Person erscheint? Ist es ein Wohlstandler? Ein Anarchist, der sich an der Welt zu rächen sucht, indem er sie niedertrampelt? Keines von beiden. Er ist der absolut Dämonische, die Ueberherrschung des Physischen ins Tierische. Ueberbleibsel offenbar aus einer Periode vom Höhlenleber, homo primigenius incultus — gewöhnlich Küpel genannt.

Dieser Zeitgenosse macht sich jetzt unangenehm häufig bemerkbar. Die Zeit hat seine Aufzucht offenbar begünstigt. In dem gewaltigen Wandel der Ereignisse, die er seitlich nicht bewältigen kann, würde er vor sich selber zum erdärmlichen Nichts zusammenschrumpfen, wenn er nicht durch die Kraft seines Mundworts und seiner Gliedmaßen sich im Strom erkennlich machen könnte. Wozu hast du Füße, wenn keine in der Nähe sind? Du beanspruchst einen Sitzplatz in der Bahn, wann er stehen muß? Ein Rippenstoß, und er wird sich auf den ihm von Geburt zustehenden Platz setzen. Oder du widersprichst ihm gar. Dann bist du ein gemeiner Mensch, ein unverschämter Arafaleer. Er ist immer Mittelpunkt, und die Welt ist zu seiner Bedienung da. Aber weil es eine Eigenschaft des Objekts ist, Widerstand zu leisten, ist die Welt für ihn fast immer unvollkommen. Die Tür öffnet sich nicht willig vor ihm. Sie bekommt einen Stoß, wie ein Sklave, der die Wünsche seines Herrn nicht errät. Die Krawatte läßt sich nicht binden. Der Wind reißt ihm den Hut vom Kopf. Er schimpft wie ein Stroch, der dem Herrgott am liebsten die Fenster einhauen möchte.

Da er sich nicht in die Dinge versenken kann, entseelt er die Dinge und erniedrigt sie zum bloß Materielle. Bestand der Reiz eines Ausfluges nicht darin, daß er den Stationsvorsteher beimohle oberheige, weil der Zug zu spät abging, oder daß er sich beim Wirt über den Kellner beschwerte, der einen Gost vor ihm bediente? Und war nicht er allem seine Frau schuld, die wieder einmal seine geistige Ueberlegenheit erkennen mußte?

An der Straßenbahn macht er Krach, am liebsten, wenn sie voll besetzt ist und er ein großes Auditorium hat. Er redet mit starren Glosaygen dann nicht zu einzelnen, sondern ins Allgemeine. Beere, weil es so außer ihm — sozial höherstehende abgerechnet — keine Individuen gibt. Der Krach, so ins Allgemeine hinein, ist überhaupt für ihn die höchste Form der Lebensbetätigung. Darin ist er zufrieden und geht stolz erhobenen Hauptes an seinen Stammtisch oder

zu seiner Frau und erzählt, wie er's den anderen wieder einmal gründlich besorgt hat.

Wenn er sich der Öffentlichkeit bemächtigt, dann fliehen alle guten Geister. Er ist in der Politik, in der Wissenschaft, in der Kunst zu finden. Als Politiker beschimpft er den Gegner, wirft Steinbomben oder überfällt Wehrlose mit dem Gummiknüppel. Als Lehrer ist er der Seelenmörder seiner Schüler. Als Architekt oder Bühnenbauer hat er eine Zeilung unserer modernen Städte in Stätten des Ueberdrusses und der Dual verwandelt, indem er mit feiner knalligen Ausdrucksfähigkeit jede noch so anspruchslose Umgebung schändete.

Wohl er kein fremdes Joch merkt und wie ein Schatten unter Leben geht, wirkt sein Abbild so über die Wachen beleidigend. Er ist die Karikatur dieser Zeit.

Ein Jubiläum des Zements.

Eine Gedenktafel zur Erinnerung an den Maurer Joseph Aspdin, den Erfinder des Portland-Zements, ist dieser Tage in seiner Vaterstadt Leeds feierlich eingeweiht worden. 100 Jahre sind jetzt dahingegangen, seit diese für das Bauhandwerk so wichtige Erfindung gemacht wurde, und doch stehen wir vielleicht erst am Anfang einer Geschichtsperiode, die spätere Geschlechter einmal als das „Zement-Zeitalter“ bezeichnen werden. Der Maurer aus Leeds, der sich 1824, nach jahrelangen Versuchen, seine Zementbereitung patentieren ließ, hat eine ganze Anzahl von Vorgängern. Die porösen Kalksteine, die man vielerorts gefunden hat, und die sämtlich vulkanischen Ursprungs sind, erscheinen gleichsam als natürliche Zemente. Bei ihnen hat schon die Natur den Gährungsprozess vollzogen, dem die Stoffe bei der künstlichen Zementbereitung erst unterworfen werden müssen. Der erste Erfinder eines haltbaren Zementes war John Smeaton, der Erbauer des berühmten Eddystone-Leuchturms. Er entdeckte in der Nähe des Bristol-Kanals einen tonhaltigen Kalkstein, der, gebrannt unter Wasser hart wurde und eine bedeutende Bindkraft besaß. Auf Smeatons Erfindung baute Porter weiter, der 1796 die erste Roman-Zementfabrik errichtete. Mit diesem Roman-Zement wurden in England die großartigsten Bauten ausgeführt, so der Themse-Tunnel, das Britische Museum, die Londoner Docks usw. Aspdin's Portland-Zement hat bis auf den heutigen Tag die größte Bedeutung behalten. Seiner Namen erhielt dieser Zement, eine grünlich-graue, feinsandige Masse, deswegen, weil er in seiner Färbung dem in England viel benutzten Portlandstein nahesteht.

Die erste deutsche Fabrik entstand im Jahre 1855 in Zülchow bei Stettin. Ausgangsmaterial war, wie in England, Kreide, vermischt mit Sepiarienton von der Odermündung. In der Folge entstanden in der Nähe von Stettin weitere Fabriken, ferner in Lüneburg, Elm, Amöneburg usw. Der Wettbewerb der deutschen Fabriken untereinander sowie mit dem ausländischen Fabrikat veranlaßte die deutschen Werke, ihre Fabrikation mehr auf wissenschaftliche Grundzüge zu stellen und besondere Prüfungsvorschriften ausgearbeiten. Die deutschen Normen wurden zum Vorbild für alle

Zement herstellenden Länder. Die Erzeugung der deutschen Portland-Zementwerke vergrößerte sich schnell; sie stieg von 0,4 Millionen Tonnen (1878) auf 3,5 Millionen Tonnen (1900) und sogar auf 7 Millionen Tonnen (1914). Die vorjährige Produktion betrug etwa 3,5 Millionen Tonnen.

Ein Weinstilm. Ist der deutsche Wein so schlecht oder so teuer geworden oder ist das Weintrinken so zurückgegangen, daß man eine Propaganda dafür unternehmen muß? Jedenfalls hat die Ufa gestern einen Film „Wein, Weib, Gesang“ herausgebracht (in den Kammerspieltippen), der auf vielseitig anregende Weise den deutschen Weinbau geschichtlich, technisch, landwirtschaftlich, literarisch und musikalisch illustriert. Da man über den Alkohol (der Wein gehört ja leider auch in dies Kapitel) nicht mehr schreiben kann, ohne eine Portion der Interessenten herbeizuführen, sei hier festgesetzt, daß Antialkoholiker an solcher Verherrlichung des Weins Anstoß nehmen müssen. Da man die Trauben aber auch in alkoholfreier Saft verwandeln kann, werden sie wenigstens an den schönen Landschaftsbildern, die von Weinsburg bis Bismarck reichen, Gefallen finden. Die Verführung der Weinorte wird angenehm unterbrochen durch lebende Bilder. Römische Bacchanten, Falstaff beim Sekt, Mephisto in Auerbachs Keller, der Rodenstein (mit ganz tollen Trübschen), Hofenclevers Weinprobe, der Meistertrunk von Rothenburg sind nur einige dieser Szenen. Ob Schiller und Goethe bemüht werden mußten, ist fraglich, ganz unwissenschaftlich ist die Zierung Roths, bei der sogar eine Jahreszahl angegeben wird.

Aber darf man einem Filmfeuilleton den Vorwurf aufwerfen? Eher wäre die allzu große Länge zu tadeln. Aber sie wird ja, abgesehen vom Bilderreichtum, aufs vorzüglichste ausgefüllt durch die zahllosen Weinstücker, die dazu gespielt und von guten Solisten aus dem Schubert-Ensemble gesungen werden.

Der Livius-Schwindel. Zur Enttäuschung der ganzen Welt stellt sich auf Grund der Unterjochung der italienischen Regierung heraus, daß das vollständige Geschichtswerk des Titus Livius gar nicht gefunden worden ist. Wie der Untersuchungsrichter amülich mittel, geht aus der ersten Befragung des Professors de Martino durch die Mitglieder der Prüfungskommission von Neapel hervor, daß er nicht die Handschriften des Livius, sondern nur Nachrichten darüber entdeckt hat. Immerhin werden die Erhebungen fortgesetzt.

Da ganz positive Mitteilungen über den Kund durch die Presse gingen und von neo-positionischen Professoren bestätigt wurden, müßte sich doch feststellen lassen, von wem diese Irreführung der öffentlichen Meinung ausging. Die Presse hätte größtes Interesse an dieser Unterjochung, damit nicht auf ihr der Vorwurf haften bleibt, sie hätte leichtsinnigerweise Schwindelgerüchte verbreitet.

Das Uda-Gastspiel ist unterbrochen, weil es neu finanziert werden soll. Es scheint eine Uebergründung vorzuliegen. Ein Rattenfänger von Unternehmern hat sich daran beteiligt. Die finanziellen Erwartungen haben sich aber dank den unerschütterlichen Willen nicht erfüllt. So muß man Uebergründung auslösen und durch Brechenabstufungen das festgegründete Schiff wieder flott zu machen versuchen. Man hofft morgen wieder zu können. Die Berliner Kritik hat zwar das Gastspiel über den guten Aes gelobt, aber das Publikum streifte. Unsere Frage: war die Veranstaltung künstlerisch nötig, ist bisher unbeantwortet geblieben.

Dieser unglücklichen Schuß die Tat auf das Gebiet des § 251 ver-
schoben, und dieser bestimmt:

„Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebens-
länglichem Zuchthaus wird der Räuber bestraft, wenn bei
dem Raube ein Mensch gemartert oder durch die gegen
ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung oder
der Tod desselben verursacht worden ist.“

Widernde Umstände kennt der § 251 überhaupt nicht. Ob die
Tat mit Ueberlegung ausgeführt worden ist oder ob es sich um
einen unglücklichen Zufall handelt, ist insofern gleichgültig, als
nicht unter zehn Jahren Zuchthaus erkannt werden
kann. Dazu zwingt der § 251 des Strafgesetzbuchs.

An dieser Strafvorschrift ist das Urteil des Staatsgerichtshofs
juristisch zu messen. Der Richter ist, ob es gegen sein Gefühl gehen
mag oder nicht, an das im Gesetz vorgeschriebene Strafmaß ge-
bunden. Die an dem vierten Ueberfall Beteiligten mußten mit
mindestens zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden, so will es das
Gesetz. Natürlich konnte die Strafe auch höher sein.

Wie hat nun der Staatsgerichtshof entschieden? Eibers,
das war der unglückliche Schütze, erhielt die Mindeststrafe;
Clemm, der Anführer, erhielt die Mindeststrafe, ebenso
Richels und Kusch. In keinem Fall ist der Staats-
gerichtshof über die Mindeststrafe hinaus gegangen.
Dort, wo z. B. wie bei Clemm, eine höhere Strafe als Erb-
ergebnis herauskam, war es dem Umstand geschuldet, daß auch
die drei anderen Raubfälle hinzukamen. Jeder dieser Fälle hat
Clemm, der, wie gesagt, der Anführer war, fünf Jahre Zuchthaus
eingebraucht, so daß 25 Jahre Zuchthaus zu 12 Jahren
Zuchthaus zusammengezogen wurden.

Das Ergebnis dieser Betrachtung muß sein: Die Strafen sind
sehr hoch, aber das ist zwangsläufig aus den Bestim-
mungen des Strafgesetzbuchs herausgewachsen, es hat nicht daran
gelegen, daß hart geurteilt worden ist.

Anders würde die Sache liegen, wenn dem Staatsgerichtshof
vorgeworfen werden könnte, daß er die §§ 249 bis 251 zu Unrecht
angewendet hätte und daß er, bei richtiger Anwendung anderer
Strafbestimmungen zu niedrigeren Strafen hätte kommen können.
Dazu ist zu sagen, daß die Angeklagten recht gut verteidigt wurden,
daß außer auch die Verteidiger nicht in der Lage waren, andere
Paragrafen des Strafgesetzbuchs anzuführen die anwendbar wären.

Das Urteil, das den Verurteilten entgegengebracht wird, ver-
dienen diese in weitestem Maße. Sie haben nicht aus un-
ehrenhaften Gründen gehandelt und sind nicht aus man-
nhaft zu ihrer Tat, zu der sie aus politischer Ueberzeugung
kommen sind.

Diese Darlegungen beweisen, daß schleunigst eine Reform
des Strafgesetzbuchs herbeigeführt werden muß, die auch
aus tausend anderen Gründen schon längst notwendig ist. Wann
wird sie endlich in Angriff genommen?

Auf der anderen Seite aber legt das Urteil der Kommunistischen
Partei die moralische Pflicht auf, ihre Anhänger ernsthaft vor sol-
chen Handlungen zu warnen, anstatt sie dazu unter dem Vor-
wande aufzufordern, daß es sich um „revolutionäre“ Aktionen handele.
Wenn mit dem System Einweisung endgültig Schluß in
Deutschland gemacht wird, dann werden sicher auch die Verurteilten
aus Eberfeld wieder den Weg in die Freiheit finden, wie die
übrigen Kommunisten, die um der Parolen ihrer russischen Führer
willen die Schrecknisse langjähriger Haft haben auf sich nehmen
müssen.

Völkische Bombenwerfer.

Das Münsterer Sprengstoffattentat vor Gericht.

Münster, 17. September. (Eisener Drahtbericht.) Am 24. Juni
1923 wurde das Druckergebäude des „Volkswille“ in der Burgstraße
durch ein Sprengstoffattentat zerstört. In dem dringenden
Bericht der Tat steht der Schriftsteller Heinz Kückelhaus,
22 Jahre alt, aus Essen, und der 22jährige Dekorationsmaler Kurt
Schreiber aus Essen. Im Mai dieses Jahres wurde bereits gegen
beide Angeklagte verhandelt. Es kam jedoch zu keinem Urteil, weil

die Angeklagten auf ihren Geisteszustand untersucht

werden sollten. Seinen Angaben nach muß Kückelhaus ein Abenteuer-
künstler sein, der abwechselnd Landwirt, Schriftsteller, Reichwehroffizier
und Fremdenlegation war. Schreiber war Dekorationsmaler. Er ging
mit seinem Freunde Kückelhaus nach Münster, um sich an dem Ruhr-
schweifeinsatz zu beteiligen. Ehe sie aus Essen abfuhren, besorgten
sie sich aber Auslandspässe. In Münster trafen sie dem Stahlhel-
m und den Nationalsozialisten bei. Im Stahlhelm
wurde er auf Grund seiner Verdienste im Ruhrschweifeinsatz auf-
genommen. Um diese Verdienste befragt, erklärte er, diese ver-
schweigen zu wollen. Bei einer früheren Vernehmung hat er jedoch
von der Erziehung eines französischen Offiziers geredet. Der An-
geklagte bestreitet die Tat.

In der fraglichen Nacht will er sich mit Stahlhelmlenten auf
dem Hermannsdenkmal befunden haben. Am anderen Tage
fuhr er nach München, um Wesenbummler zu werden. Zur Zeit der
Tat haben beide Angeklagten in der Werkstatt von Elgering in
Münster gewohnt. Der Polizei gegenüber hat Kückelhaus sich in
einem Brief selbst der Tat bezichtigt. Schreiber erzählt von Leuten,
die ihm gesagt hätten, was sie in Münster vollbracht hätten. Nach
den Romanen befragt, erklärt er, sie nicht nennen zu wollen, dadurch
mache er sich eines Vertrauensbruchs schuldig. Der Polizei gegen-
über hat Schreiber ein Geständnis abgelegt, weil er hoffte, dadurch
freizukommen.

Vor ihrer Verhaftung waren beide Angeklagten in Italien, der
Schweiz, Desterreich und auch in Münster. In dem Geständnis wird
gesagt, daß das Motiv politisch sei. Die Sache sei vorher

in den Bureaus des Stahlhelms

mit den Führern dieser Organisation verhandelt worden.
Am Sonnabend hatte Kückelhaus den Sprengstoff zum Attentat
besorgt. Vor der Tat habe Kückelhaus an den „Volkswille“ tele-
phoniert, um zu sehen, ob noch jemand anwesend sei. Tatsächlich
habe Kückelhaus nach Antwort bekommen. Kückelhaus und Schreiber
haben dann im Hof des Druckergebäudes gewartet, bis der Wächter
durchgekommen war. Schreiber, der auch Schreiner war, habe das
Fenster geöffnet und Kückelhaus die innere Sache erledigt. Beide
waren nach der Tat nach Mecklenburg gegangen und von dort nach
München gefahren.

Der Angeklagte Schreiber, dessen Vernehmung bei Redaktions-
schluß noch andauert, verwickelte sich mehrfach in Widersprüche.
Er möchte sich gern als großer Held aufspielen. Allem Anschein nach
sind die beiden von den völkischen Organisationen unterstützt worden.

Völkische in München verhaftet.

Fortsetzung verbotener Organisationen.

München, 17. September. (B.T.Z.) Zu den bereits gemeldeten
Verhaftungen von völkischen Persönlichkeiten
teilt die Korrespondenz hoffmann halbamtlich mit: Am 16. Sep-
tember wurden auf Grund gerichtlicher Anordnung bei
einer Reihe von Mitgliedern der Organisation „Fronting“ wegen
Verdachts der Fortsetzung verbotener Organisationen
Durchsuchungen durch die Polizeidirektion München vorgenommen.
Das Ergebnis der Durchsuchungen führte zur Festnahme von sechs
Personen, von denen eine alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt
wurde. Die übrigen festgenommenen Oberleutnant Bräuner,
Leutnant B. u. a., Dr. Melding, Oberleutnant von Prosch,
Hauptmann Kraucher werden zunächst in Haft behalten. Sie
werden nach Abschluß der Vernehmungen dem Gericht über-
miesen werden.

Hopla, Fridericus!

Unsere Nationalisten sind wirklich geschickte Leute. Sie machen
wider Willen aus allem eine Komödie und haben es sogar fertig
getrieben, aus dem Alten Friz eine Varieté-Figur zu machen. Das
ist nichts Neues mehr und wer Gelegenheit hat, die Spezialitäten-
bühnen besonders im Reich öfters zu besuchen, muß erschüttert fest-
stellen, daß es kaum ein Programm gibt, in dem nicht einer der
sogenannten nationalen Heiden eine Nummer spielt. Die Höchst-
leistung auf diesem Gebiet scheint aber erst jetzt erreicht worden zu
sein. Ein kundiger Manager, der seine Leute kennt, läßt den Alten
Friz Jimmy tanzen, assistiert von zehn Jimmy-Girls, die natürlich
in der Form friederizianischer Grenadiere stecken, was dem „natio-
nalen“ Teil des Publikums beträchtliches und sehr vernünftiges
Entzücken bereitet. Wie groß dieses Entzücken sein muß, geht aus
folgender Kritik hervor, die ein Chemnitzer Blättchen dem tanzen-
den Fridericus Rex und seinen zehn Mädchen widmet.

Chemnitzer Blatt. Fridericus Rex im Meistered-Kabarett.
Das Gastspiel der zehn Schimmy-Mädels. „In den Ueberlebens-
haben wir schon fast alles verrat: Im Meistered-Kabarett gibt
es einen Fridericus Rex. Nicht den berühmten Film gleichen
Titels, sondern eine äußerst effektvolle Ballettscene. Vorgeführt
von den tip-top gewachsenen zehn Schimmy-Mädels. In schmaler
friederizianischer Uniform erscheinen die zehn, schön, komman-
diert und schnellig exzerzierend. In dieser Zeit täuschlicher neuer
nationaler Demütigungen tut dem Zuschauer und Kabarettbesucher
sogar eine solche harmlose Szene wohl und ist insofern, fast
Begeisterung im deutschen Herzen zu erwecken. Laut bricht darum
auch die Freude aus, wenn dies militärische Schauspiel an uns
vorübergezogen ist. Famos sind übrigens auch die Gruppentänze
der zehn Mädels, vor allem der Original Schimmy, den sie tanzen.
Da ist wirklich Rhythmus drin.“

Run weiß man wenigstens, was dem deutschen Herzen nach
den nationalen Demütigungen so wohl tut, was ihm Lächel ist in
schwerer Zeit. — Der hopsende Fridericus nach der Melodie „Nach
Dir doch den Barbkopf“ oder „Ich möchte einmal, ich möchte zwei-
mal“ oder „Wo hast Du nur die schönen blauen Augen her“ oder
„Am Pipa, am Popo, am Potsdamer Platz“. Ist es zu verwun-
dern, wenn bei dem niedrigen Wackeln der hohen Blechnühen die
deutsche Freude impulsiv ausbrechen muß, sobald dieses „militärische
Schauspiel“ vorüberzieht? So was hebt die deutsche Brust oder läßt
sie freier atmen.

Da wahrhaftig, dieses Volk ehrt seine heiligsten Güter, behandelt
vielmals die seine hehren Erinnerungen. Ob wohl einer nachschaut, ob
sich der Alte in der Brust zu Potsdam umgedreht hat?

Moderne Wegelagerer.

Drahtseilattentat auf ein Auto.

Ein Drahtseilattentat wurde in der letzten Nacht in der Nähe
von Chorinchen auf ein Berliner Automobil verübt, in dem
der Kaufmann Lachoffitz auf dem Wege von Stettin nach Berlin
fuhr. Kurz hinter dem Bahnhof Chorinchen fuhr das Auto mit voller
Wucht gegen ein quer über die Chaussee gespanntes
Drahtseil. Dadurch wurde das Vorderende des Wagens be-
schädigt, ohne daß die Fahrgeschwindigkeit vermindert werden
mußte. Plötzlich bemerkten Insassen des Wagens, daß sie von
einem anderen Auto mit großer Geschwindigkeit
verfolgt wurden. Sie feuerten nun zu ihrer Verteidigung einige
Revolverschüsse ab, die den verfolgenden Wagen zum Stillen
brachten. Die benachrichtigte Polizei aus Eberowalde schickte so-
fort einige Beamte zur Untersuchung der Angelegenheit an den Tat-
ort. Nicht weit von der Unfallstätte wurde in dichtem Unterholz der
gerissene Draht wiedergefunden. Auch die Berliner Kriminal-
polizei beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit.

Das Strafenbahnunglück am Knie.

Klärung der Schuldfrage.

Zu dem gestrigen Strafenbahnunglück am der Kreuzung
der Berliner, Bismarck- und Hardenbergstraße, dem sogenannten
Knie in Charlottenburg, teilt uns die Direktion der Strafenbahn
G. m. b. H. folgendes mit: Nach den bisherigen Untersuchungen,
die von den leitenden Beamten der Gesellschaft sofort angesetzt
worden sind, kann von einem Verlegen der Bremsen an dem Wagen
der Linie 78 keine Rede sein. Abgesehen davon, daß dieser
Wagen ein erst im Frühjahr in den Dienst gestellter zweifacher
Wagen ist, der ohne Anhänger fuhr, hat die unmittelbar nach dem
Unfall an der Unfallstelle vorgenommene Untersuchung
(durch Aufsichtspersonal und dem Fahrer) ergeben, daß die elek-
trische Bremse vollkommen vorchriftsmäßig funktioniert. Die
Nachprüfung durch die Aufsichtsinstanzen, in diesem Falle die Eisen-
bahnbehörde, ist zwar noch nicht abgeschlossen, kann aber nach
menschlichem Ermessen kein anderes Ergebnis haben. Nach der
Ansicht der Direktion hat der Fahrer des Unglückswagens zwei
grundlegende Fehler gemacht: Er ist zunächst mit voller
Geschwindigkeit auf den an der Haltestelle stehenden Zug der
Linie 44 draufzufahren, in der Annahme, sie seien Wagen heran
sei, werde die 44 bereits die Haltestelle verlassen haben. Als er
dann bemerkte, daß diese Voraussetzung nicht eutrifft, hat er mit
voller Kraft gebremst, so daß die gebremsten Räder auf den
Schienen fortzuschoben. Bei vorchriftsmäßigem Ge-
brauch der Bremse ist es möglich, einen Wagen mit der Höchst-
geschwindigkeit von 25 Kilometer auf eine Entfernung von 16 Me-
tern zum Stehen zu bringen. Dazu gehört aber, daß die Räder
durch allmähliches Bremsen die lebendige Kraft des
Wagens aufhalten können und nicht, wie es im vorliegenden Falle
geschah, die Bremswirkung zum Teil durch das Aufschieben auf-
heben. Der Fahrer, der bereits 10 Jahre im Dienst steht, ist bis
zum Abschluß der Prüfung durch die Behörde vom Fahrdienst ent-
hoben worden.

Von den schwerer Verletzten, deren Ueberführung nach
dem Krankenhaus Wolland notwendig war, sind zwei nach An-
legung von Verbänden in ihre Wohnungen entlassen worden. Den
im Krankenhaus weiter behandelten vier Verunglückten geht es
den Umständen nach gut, eine Lebensgefahr besteht bei keinem.

Wohltätigkeitschwindler im Großen.

Ein Schwindler, der fast ganz Deutschland heimgesucht hat,
wurde von der Kriminalpolizei in Erfurt festgenommen. Es handelt
sich um einen 23 Jahre alten Sammelchwindler Erich
Zehler. Er hat sich auch eine Zeitlang in Berlin aufgehalten
und ist hier in den verschiedensten „Berufen“ aufgetreten. Er gab
sich, je nachdem es die Lage erforderte, als Journalist, als Studien-
referendar, als Korpsstudent oder als Offizier aus und hat es ver-
standen, sehr beträchtliche Summen zu erschwindeln. So
verhandelte er in Berlin ein Rundschreiben an die namhaftesten
Firmen, in dem zur Beihilfe für die „Ademilithilfe“ auf-
gefordert wurde. Diese „Ademilithilfe“ sollte den Zweck haben,
bedürftige Studierende mit Geld und Kleidungsstücken zu versorgen.
Auf den Aufruf zahlten viele große Firmen erhebliche Summen
ein. Ein anderesmal fälschte Zehler eine Pressefarte und lachte die
verschiedenen Theater auf, um sich unter Vorlegung der Karte
Pressefahne geben zu lassen. Als ihm Berlin nicht mehr sicher
genug erschien, wandte er sich nach Sieddeutschland und trieb
hier seine Schwindelgeschäfte weiter. Er verschickte u. a. Duzende
mit der Maschine geschriebene Briefe, in denen es hieß, daß für
300 000 Schindler, die infolge von Unterernährung tuberkulös

seien, eine Sammlung veranstaltet werden sollte, um die gefährdeten
Kinder zu einem Erholungsurlaub verschicken zu können. Unter-
zeichnet waren diese natürlich gefälschten Briefe: Das Wohlfahrts-
ministerium, Prof. Dr. med. Alexander, Einzahlungen wurden
erbeten auf das Postfachkonto Nr. 31 000 Kinderhilfe in Frankfurt
am Main. Da die bei den Polizeiamtoren vorgelegten, zur Bewilli-
gung einer Sammlung erforderlichen Papiere sämtlich ordnungs-
mäßig gestempelt waren, zögerten die Polizeiamtoren denn auch nicht,
die erbetene Bewilligung zu erteilen. Die Stempel waren aber
ausnahmslos gefälscht. Auf diese Weise hat Zehler viele
Tausende von Firmen und Einzelpersonen er-
beutet. Er hat diese Summen für seine eigene Person reiflos
verbraucht. Als er in Erfurt wieder auftrat und hier um Be-
willigung einer Wohlfahrtsammlung einlief, wandte sich die Erfurter
Polizeibehörde an die Berliner Kriminal-
polizei, und so gelang es, den Gauner dingfest zu machen. Bei seiner
Festnahme wurde bei ihm nichts mehr von dem erschwindelten
Gelde gefunden.

Untergrundbahnhof Hermannplatz.

Gemeinschaftsbahnhof oder Kreuzungsbahnhof?

Die Arbeiten zur Weiterführung der südlichen Nord-Südbahn
nach Neufölln sind seit Anfang 1924 im Gange. Sie haben eine
nachmalige Prüfung der Frage veranlaßt, welche Form der Bahnhof
Hermannplatz erhalten soll. Bei der UEB-Schnellbahn Gesund-
brunn-Neufölln, mit der man die Nord-Südbahn durch Bahnhof
Hermannplatz in Verbindung bringen wollte, wurden schon vor
einigen Jahren die Bauarbeiten eingestellt. Aber auch dieses Unter-
nehmen, das inzwischen an die Stadt gefallen ist, wird einmal zu
Ende geführt werden müssen. Im Jahre 1915 wurde beschloffen, der
Bahnhof Hermannplatz als Gemeinschaftsbahnhof mit Richtungs-
betrieb zu bauen. Die erste Prüfung hat das Ergebnis gehabt,
daß jetzt der Magistrat einen Kreuzungsbahnhof für
empfehlenswerter hält. Daß noch wie vor an der Verbindung
der Nord-Südbahn mit der künftigen Schnellbahn Gesundbrun-
nen-Neufölln festgehalten werden muß, ist selbstverständlich. Die Reichs-
bahndirektion Berlin und das Polizeipräsidium Berlin haben in ihrer
Stellungnahme zu den beiden Projekten sich dahin geäußert, daß in
verkehrstechnischer Hinsicht der Gemeinschaftsbahnhof den Vorzug
der Erleichterung des Umfahrgewerkes hat, in betriebswirtschaftlicher
Hinsicht aber der Kreuzungsbahnhof eine durch Kurven nicht gefährdete Be-
triebsführung ermöglicht. Die Reichsbahndirektion möchte dem Ge-
meinschaftsbahnhof den Vorzug lassen; das Polizeipräsidium ist be-
reit, einen Kreuzungsbahnhof ebenso wie einen Gemeinschaftsbahnhof
bei einer betriebs- und verkehrstechnisch möglichst vollkommenen
Lösung zu genehmigen. Ein vom Ausschuss der Nord-Südbahn ein-
gelegter Auspruch hat dem Magistrat einen Kreuzungsbahnhof
empfohlen. Der Magistrat hat sich der Meinung des Ausschusses
angeschlossen und beantragt jetzt in einer Dringlichkeitsvorlage die
Zustimmung der Stadtverordneten. An erster Stelle führt er zur
Begründung aus, daß bei einem Kreuzungsbahnhof die natür-
liche und einfache Linienführung möglich werde. Bei
dem früher geplanten Gemeinschaftsbahnhof, der im Zuge der Straße
Hafenstraße und der Berliner Straße läge, müßte die vom Gesund-
brunn kommende Schnellbahn aus dem Korbfelder Damm in die
Schönleins- und Bahnstraße abbiegen, von da in die Straße Hafen-
straße mit scharfer Kurve einzuweichen, durch den Gemeinschafts-
bahnhof hindurch zur Berliner Straße gehen und dann von ihr ab-
biegend in scharfer Kurve unter dem Friedhof hinweg die Hermann-
straße erreichen. Bei dem Kreuzungsbahnhof sollen die betriebs-
technisch unbedenklichen und die Ueberlicht erschwerenden Kurven weg-
erfordert oder unter der Erde eine zweifelhafte Anlage
wie wir sie über der Erde bei dem Bahnhof Gleisdreieck haben.

Der Einbrecher im Klassenraum. Ein Schülereinbrecher wurde
in einer höheren Anstaltschule am Claraufer festgenommen. Der
Schulwart hatte beobachtet, daß sich ein fremder Mann Zutritt zu
dem Schulgebäude verschafft hatte. Er ging ihm nach und stellte
fest, daß mehrere Klassenzimmer, die vorher verschlossen gewesen
waren, jetzt offen standen. Endlich fand er den Eindringling in
einem Klassenzimmer in einem Klassenraum verhaftet.
Der Fremde hatte wissenschaftliche Instrumente ent-
nommen. Es stellte sich heraus, daß es sich bei dem Täter um einen
ehemaligen Schüler der Anstalt und späteren Stu-
denten Otto Kopf handelt, der wegen ähnlicher Diebereien be-
reits verurteilt ist. Bei seiner Vernehmung gab Kopf an, daß er
im Kriege verletzt worden sei und infolge dieser Verletzung zu
zeitweiligen Dämmerzuständen litte.

Die Kunst des Blumenstichs im Bohrerum. Unter diesem Motto
wird der Radklub der Berliner Frauen, Bezirk Tiergarten, eine Vortrags-
veranstaltung unter der Leitung von Franziska Bruch, in den Räumen des
Kriegsministeriums am 21. September, Sonntag, um 11 bis 7 Uhr, veranstalten.

Schweres Bergwerkunglück in Amerika.

31 Bergleute verschüttet.

Im Staate Wyoming sind 55 Bergleute infolge
einer Explosion verschüttet worden. Bis jetzt wurden
acht Leichen geborgen. Durch die Gewalt der Explosion stürzte der
Schachtengang zusammen, was die Rettungsarbeiten un-
gemein erschwert. Man fürchtet, daß alle Verschütteten tot
sind. Der letzte Nachrichten zufolge beträgt die Zahl der Ver-
schütteten 31. Acht Leichen wurden bis jetzt geborgen, sie sind der-
artig verbrannt, daß sie nicht erkannt werden können.

Fliegers Tod. Wie aus Rom gemeldet wird, ist ein Wasser-
flugzeug in den Liben gesunken. Der Pilot ist ertrunken. —
Zwei transatlantische Militärflieger sind in Paris bei
einem Probeflug mit ihren Flugzeugen abgestürzt und ver-
brannt.

Der Plan des Polarfluges. Aus Washingtoner Meldungen geht
hervor, daß die Regierung wieder mit dem Plan umgeht, einen
Polarflug mittels Luftschiff vornehmen zu lassen. Man
will aber erst an das Projekt herangehen, wenn der erwartete
Zeppelin angekommen sein wird.

Explosion einer Schwefelkammer. In der Gemischen Fabrik
Athenonia-Gönnungen ereignete sich ein schweres Explosionsunglück.
Eine Reihe von Arbeitern war mit Reparaturen in der Nähe der
Schwefelkammer beschäftigt, als diese plötzlich explodierte.
Durch die hereinströmenden Schwefelgase wurden sechs Ar-
beiter nicht unerheblich verletzt. Zwei der Ver-
letzten sind ihren schweren Brandwunden erlegen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin S. B. 68, Lindenstraße 3.

1. Kreis Mitte. Heute Mittwoch, nachm. 5 1/2 Uhr (nicht 7 1/2 Uhr). Redaktions-
sitzung mit dem engsten Kreisvorstand im Rathaus Bürgerpalast.
2. West. Donnerstag, den 18. September, 7 1/2 Uhr. Bei Hebler, Georgenstraße 36.
Sitzung der Funktionäre, Betriebsvereinsvorsitzende u. a. Organisationsfragen.
Alle Mitglieder müssen erscheinen.
3. Ost. Neufölln. Donnerstag, den 18. September, um 11 Uhr. Sitzung
aller Funktionäre, einzeln, Wohlfahrtsausschuss, Betriebsvereins, Wollanstraße
und Friedrichstraße, bei Hebler, Steinstraße 46. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
Der Abteilungsleiter trifft sich eine Stunde vorher.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend, Wtl. Niederbismarckstr. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr.
Reisemusikabend im Jugendheim Niederbismarckstr., Berliner Str. (Schule).

Gewerkschaftsbewegung

Ausländer als Lohndrücker.

In einer öffentlichen Versammlung nahmen die Berliner Ensemblemusiker Stellung zu der Konkurrenz der ausländischen Musiker in den Gaststätten Berlins. Schlemmer, Sekretär des Deutschen Musikerverbandes, schilderte in seinem Referat das glänzende Glanz der Ensemblemusiker in den Cafés, Bars, Weinstuben und den Vergnügungsetablissemments. Unter diesen Musikern ist gerade in letzter Zeit die Ausländerkonkurrenz so gewaltig gestiegen, daß nahezu 25 Proz. Ausländer tätig sind. Wenn vor dem Kriege die Ensemblemusiker auch schon darunter zu leiden hatten, war davon schuld, daß sie mit ihrer Organisation dem stürmisch sich entwickelnden Kaffeehausbetriebe nicht folgen konnten. In der Inflationszeit griffen die ausländischen Kapellen Deutschland ab, verschwand dann aber und ließen den deutschen Musikern zerrüttete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurück. Jetzt geht's wieder mit der Schmutzkonkurrenz los. Unter allen möglichen Vorwänden kommen diese Luch-Musiker nach Deutschland: Als Tuch- und Wäschereisende, als Altknecht, Goldwaren- und Produktenhändler, ja als Gamaschenlepper und -Pferdehändler schmeicheln sie sich über die Grenze, um dann in Deutschland als „Ungarische Magnatkapelle“ oder „Russisches Palastkapelle“ aufzutreten. Das deutsche Publikum - sonst streng „national“ - liebt diese schwarzhaarigen Jünglinge mit den feurigen Augen und den geschminkten Gesichtern; die irrenden Hakenkreuzjungfrau wirkt ihnen leidenschaftliche Blicke zu, der Unternehmer hat ein volles Haus, und die deutschen Musiker gehen mit ihrer Hochschulbildung an die Strohheden Musik machen. Dieselben Gaststättenbesitzer, die auf ihrer Togaug in Breslau vor allen nationalistischen Größen Referenzen machten, erblicken in den Ausländern eine willfährige Garde im Kampf gegen die organisierte einheimische Musikerschaft. Wenn es ums Verdienen geht, hört aller Patriotismus auf, da ist der elendeste ausländische Stümper berufen, den Deutschen Musik vorzuziehen.

Der Referent schilderte eingehend den Kampf des DMB. gegen die ausländische Schmutzkonkurrenz. Nach vielen Eingaben und Verhandlungen ist es endlich gelungen, den Bezirksleitern des Verbandes bei der „Einfuhr“ dieser „Kunstreuer“ ein Quotierrecht zu sichern. Schlemmer protestierte im Namen der Ensemblemusiker gegen die Ausländerkonkurrenz und forderte die Versammelten auf, dem Verband bei seiner schweren Arbeit zu unterstützen. Unter dem Beifall der Anwesenden gab der Referent der Hoffnung Ausdruck, daß in kürzester Zeit die Berliner Musikerschaft geeint in einem Verbands den Kampf führen wird.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestierten die Ensemblemusiker gegen die skandalöse Schmutzkonkurrenz der 3033- und Palastkapellen und forderten, gemäß den Beschlüssen des Verbandstages des DMB., ein behördliches Vorgehen dagegen. (Anmerkung der Redaktion: Es kann sich bei diesem Vorgehen selbstverständlich nicht um eine Ausländerbege handeln, die den deutschen Musikern sehr gefährlich werden könnte, sondern nur um die Abwehr einer unläutereren Konkurrenz.)

Zur Frage des Tarifabschlusses für die Berliner Ensemblemusiker erklärte sich die Versammlung mit den weiteren Ausführungen des Referenten einverstanden. Eine weitere Entschließung fordert den DMB., als die alleinige wirtschaftliche Interessensorganisation, auf, für den Abschluß eines Tarifvertrages Sorge zu tragen. Den im Kampf stehenden Berliner Theatermusikern sprach die Versammlung die vollste Sympathie aus. Diese löst sich am besten dadurch beweisen, daß die Ensemblemusiker Musikstücke aus folgenden Operetten durch ihre Tätigkeit nicht weiterverbreiten: „Der süße Kavalier“, „Mariza“ und „Der Tanz um die Liebe“. Die Theatere, die diese Operetten spielen, sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Tarifbruch der Berliner Gasbetriebsgesellschaft.

Die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft Berlin nahmen gestern abend in einer überfüllten Versammlung in der Hofbrauerei, Fildisstraße, Stellung zu der Verschleppungstatist und dem Tarifbruch der Direktion. Kollege Gnadt vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband berichtete über den Gang der Verhandlungen. Obwohl die Arbeitgeber bereits am 13. März den Tarifvertrag zum 30. September gekündigt hatten und der alte Vertrag Bestimmungen über Verhandlungen enthält, sind diese bis heute sabotiert worden. Man will der Arbeiterschaft den Nachwillen aufzwingen und hat zu dem Zweck einen eigenen Tarifvertrag ausgearbeitet, der zumal in sozialer Hinsicht von der Arbeiterschaft niemals anerkannt werden wird. Während im jetzigen Vertrag die 8 1/2 stündige Arbeitszeit bis 30. September befristet ist, soll nach dem Direktionsvorschlag 9 Stunden gearbeitet werden. Damit die „Gasulsi“ sich von ihrer anstrengenden Arbeit „erholen“ können, sollen tägliche Pausen von 1 1/2 stündiger Dauer eingehalten werden. Aber die Direktion ist noch viel humaner bei der Wechselzeit. Diese darf mindestens 56 Stunden wöchentlich betragen. Wie mag da nur die Maximalarbeit aussehen? Damesgehe und Konkurrenzfähigkeit müssen das Steckpferd abgeben, um diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu begründen. Nach der letzten Bilanz hat die Gesellschaft ihr Aktienkapital, das 1915 bei einer Einzahlung von 42 1/2 Millionen Papiermark 100 Millionen Papiermark betrug, jetzt auf 100 Millionen Gold geschrumpft. Mit Recht wies Gnadt darauf hin, daß sich dieselbe Gesellschaft nicht scheut, ihren Arbeitern, die früher eine Ration von 1500 M. zu stellen hatten, diese im vorigen Jahre in Papiermark zurückzahlen. Während der Gaspreis um 50 Proz. gestiegen ist, sind die Minimallöhne noch 2 Pf. pro Stunde unter Friedensstand.

Da eine Einigung über den neuen Tarifvertrag nicht erzielt werden konnte, wurde mit Zustimmung der Betriebsgesellschaft die Regelung dem Schlichter übergeben.

Aber ehe noch der Schlichtungsausschuss einen Spruch fällen konnte, hat die Direktion am 15. September den Arbeitern zum 30. September gekündigt. Sie werden nach Ablauf der Kündigungsfrist, wenn sie zu Kreuze kriechen, allerdingst weiterbeschäftigt. Wer bis zum 20. September mittags sich nicht mit den in der Bekanntmachung veröffentlichten Arbeitsbedingungen einverstanden erklärt, wird am 30. entlassen. Gen. Polenski wandte sich in schärfster Rede gegen das Vorgehen der Direktion, das er als einen groben Tarifbruch bezeichnete. Nach der Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in lebenswichtigen Betrieben müssen bei Arbeitseinstellungen und natürlich auch bei Aussperrungen alle Mittel der Verständigung erschöpft sein. Wir sind gespannt, ob diese Verordnung auch auf die Aussperrung in der Gasbetriebsgesellschaft angewandt werden wird.

Die Vertreter der städtischen und Privatgasanstalten folgten die strenge Solidarität zu.

Folgende Resolution wurde in geheimer Abstimmung mit 1231 gegen 1 Stimme, bei 2 ungültigen, angenommen:

In der mit 1231 Stimmen, gegen eine einzige und zwei ungültige Stimmen, in geheimer Abstimmung gefasste Entschließung wird betont:

„Die Versammelten finden es besonders unerhört, daß die Direktion zu solchen Maßnahmen greift, trotzdem ihr eigener Vorschlag, die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss fortzusetzen, von der Arbeiterschaft angenommen wurde.“

Die Arbeiter lehnen es ab, den von der Direktion geforderten Verschlechterungen des Manteltarifvertrages zuzustimmen und verlangen, daß der Betriebsrat und die Organisation alle Mittel anwenden, um die Maßnahmen und Absichten der Direktion abzuwehren, da diese sogar gegen die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen verstoßen. Die Arbeiterschaft verpflichtet sich, auch ihrerseits alle Kräfte

energisch einzusetzen, um diesen Abwehrkampf erfolgreich zu gestalten.“

Berücksichtigt man die Zahl der Erkrankten, dann ist zu betonen, daß die gesamte Belegschaft an der Abstimmung beteiligt und entschlossen ist, das unglaublich brutale Vorgehen der Gasbetriebsgesellschaft zu parieren.

Die Lohnbewegung der Karosseriearbeiter.

Wie wir bereits im „Vorwärts“ mitteilten, wollten die Unternehmer im Karosserie- und Wagenbau eine Kürzung der Löhne und Akkordbajen vornehmen. Die Arbeiter forderten demgegenüber eine Aufbesserung von 20 Proz. In neuerdings gepflogenen Verhandlungen verständigten sich die Parteien dahin, daß die Forderungen von beiden Seiten zurückgenommen werden sollten. Die Arbeitgeber bestanden aber auf einem Abbau derjenigen Akkordpreise, bei denen Verdienste von mehr als 30 Proz. über die Akkordbasis, die 76 Pf. beträgt, erzielt werden. Die Verdienste der einzelnen Berufsgruppen sollten im Durchschnitt nicht 25 Proz. über die Basis hinausgehen. Bei den Verhandlungen gaben die Unternehmer weiter noch der Auffassung Ausdruck, daß an irgendeiner Akkordpreiserhöhung nicht gedacht werden könne, daß aber unter allen Umständen ein Abbau eintreten müsse, damit die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland erhalten werden könne.

Einer Funktionärversammlung, in der die vom Holzarbeiterverband den Bericht gab, lag dieses Verhandlungsergebnis zur Beschlußfassung vor. Nach eingehender Aussprache lehnte die Versammlung das Ergebnis ab, hielt die ursprüngliche Forderung der Arbeiterschaft und beschloß, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

Streikerfolg in der Zigarettenfabrik „Problem“.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik „Problem“ wurden von der Firma vor etwa drei Wochen angepörrt, nachdem einige Gruppen der Arbeiterinnen wegen der Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten waren. Nunmehr ist es in der vorigen Woche zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien gekommen, bei der die Forderungen der Arbeitnehmer bis auf Gewinnfähigkeit bewilligt wurden. Es erhalten die Tabakarbeiter einen Wochenlohn von 32 M., die Tabakschneider von 34 und 35 M., die Maschinenarbeiterinnen 20,50 M., die Vandalenarbeiterinnen von 17 M. Die Löhne vor dem Streik betragen 28, 30, 18 und 15 M. Infolge ihres guten Zusammenhaltens haben die Kämpfenden weiter erreicht, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt werden müssen, wozu sich die Firma zuerst absolut nicht verstehen wollte. Die Arbeit ist am Sonntagabend wieder aufgenommen worden.

Der Metallarbeiterkampf in Oesterreich.

W.B. meldet aus Wien: Die Lohnverhandlungen zwischen Metallarbeitern und Unternehmern dauerten gestern 15 Stunden und nahmen erst um 1 Uhr nachts ein Ende. Eine Annäherung der Standpunkte soll erzielt worden sein. Heute wird der Vorschlag der Unternehmer vom Ausschuss der Arbeiter geprüft werden. Auf das Gerücht hin, daß die Verhandlungen scheitern würden, sperrten die Elektrikalarbeiter Kraft und Licht im Innern der Stadt, was das Erscheinen mehrerer Zeitungen verhinderte.

Der Streik bei der Firma Problem, Zigarettenfabrik, Berlin RD., Greifswalderstr. 212, ist beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. A. A.: Der Kartellvorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Illustration: H. B. Pöcher; Lektoren und Satzsetzer: Fritz Kerschke; Anzeigen: H. Glöck; Familien in Berlin. Verleger: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Einbeckerstr. 4.

Bei uns erneuter Preis-Abbau große Posten guter Ware bodenlos billig



Spitze oder runde Form halbhoch oder hoher Absatz

- 3⁵⁰** Affenhaut Wildleder imit., erstklassiges Material u. sehr gutes Fabrikat, eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Schuh, gute Kernledersohlen
- 6⁰⁰** Braun u. schwarz Rindbox und R'Chevreau, Halbschuhe, moderne Formen
- 4⁵⁰** Damen-Halbschuhe R'Chevreau u. Chromleder, sowie Affenhaut, mod. Schliebespange, hochelegant und schick, 35-39
- 5⁸⁰** Feinfeine Mustersachen, Original Goodyear Welt u. Handarbeit, braun und schwarz Boxkalf und farbig Wildleder, erstklassige Luxusachen, Gr. 35, 36, 37 Serie I 7.80, Serie II

Zur Unterstützung der Preisabbauverordnung der Regierung haben wir uns schon jetzt entschlossen, grosse Warenposten, ohne Rücksicht auf die gestiegenen Lederpreise, abermals im Preise herabzusetzen. Wir führen fast durchweg gute Qualitätsware und haben jetzt wieder große Warenposten unter besonderen Umständen billig eingekauft, die wir wieder zu herabgesetzten Preisen an unsere werte Kundschaft abgeben. Besichtigen Sie bitte unser Riesenlager ohne Kaufzwang. Unser Lager beträgt über 30 000 Paar.



- 5⁹⁰** Kräftiger Arbeitsstiefel gutes Spaltleder ohne Vorderkappe
- 7⁵⁰** Echt Rindleder oder braun Fahlleder, mod. breite Form, gutes Material
- 9⁸⁰** Herrenstiefel auf Rand gelb gedoppelt, starke gute Sohlen
- 12⁸⁰** dto. mit Zwischensohle echt gedoppelt, guter Winterstiefel
- 9⁸⁰** Orig. Goodyear Welt Halbschuhe, erstklassiges Fabrikat, mod. runde Form
- 7⁹⁰** Herrenhalbschuhe echt Rindleder u. R'Chevreau, erstklassiges Fabrikat, moderne Form
- 4⁹⁰** Hohe Leder-Gamaschen mit Patentverschluss

- 55** Pantoffel Herren 66, Damen 61
- 1⁹⁵** Lederhaus-schuhe gutes Spaltleder, 1. Herr. u. Dam., m. Ledersohle, 36-42
- 4⁹⁰** Schwestern-schuhe sehr bequem, niedriger Absatz

Gross-Deckel Schuh-Lokal Behrndt

Münster 25 Frankfurter Allee 54 Hottelbauer Damm 13

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Bauarbeiter
Berlin N 24, Elsäßer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Industrie- u. Handelskammer zu Berlin Kaufmännische Schulen
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handels-schulen mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres-, 1 1/2- und Zwei-Jahres-Rufen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern
Auskunft und Prospekte:
Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 53/56 II.

Hosen Hosen
Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge-Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 28 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Fahrräder und Nähmaschinen
Auf Teilzahlung
Zettha, Berlin
Leichtmetallräder
Oranienburger Strasse 65
Wanzen
Motten u. Brut
Linksol-Gas
in wenigen Stunden ohne Risiko ohne Geruch oder Zeltverlust unter Garantie radikal beseitigen, selbst da wo alle anderen Mittel versagt - Vorrätig in Drogerien. - Warnung vor minderwertigen Nachahmungen.

BEINKRANKE!
Offene Beine, Krampfadernleiden und Geschwüre aller Art heile ich unter Garantie ohne Berufsunfähigkeit. Erste Behandlung kostenlos!
Heil-Institut H. A. Müller
Berlin SW 68, Markgrafstr. 83, v. I.
Sprechst. 9-12 u. 3-7, Sonntags 9-12 U.
Buchhaltung
Bilanzen, Steuern, stundenw. l. anz. j. h. r.
Buchhalt. Kohn, Müllstr. 6, Quab. II.